

**Kleine Anfrage der Fraktion der CDU**

**Überlastet oder nicht – was denn nun, Herr Bovenschulte? Bremens Senat windet sich um eine klare Position in der Flüchtlingspolitik**

Trotz der deutlichen Aussagen von Innensenator Ulrich Mäurer, dass Bremen maßlos überfordert sei, gibt es innerhalb des Senats weiterhin keine eindeutige und gemeinsame Haltung zur Lage in der Flüchtlingspolitik. Während die Stadt zunehmend mit den Folgen der unkontrollierten Zuwanderung und einer überlasteten Infrastruktur kämpft, werden konkrete Maßnahmen nur zögerlich angegangen. Statt Lösungen für ein konsequentes und zugleich humanitäres Vorgehen zu präsentieren, sorgen interne Streitigkeiten innerhalb der Koalition für zusätzlichen Stillstand – etwas, das in Bremen niemand gebrauchen kann. Die CDU stellt sich der Verantwortung für Bremen und fordert den Senat auf, endlich klare Positionen zu beziehen, um sowohl die Situation der Flüchtlinge als auch die Lebensbedingungen für alle Bremer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

1. Welche konkreten Schritte plant der Senat jetzt, um auf die Überforderung in der Flüchtlingspolitik zu reagieren, insbesondere nachdem Innensenator Mäurer öffentlich eingeräumt hat, dass Bremen mit der aktuellen Situation völlig überfordert ist?
2. Wie wird der Senat sicherstellen, dass die Stadtteile, die bereits eine hohe Last tragen, wie Gröpelingen, Walle und die Neustadt, kurzfristig entlastet werden?
3. Der Innensenator hat angekündigt, eine Zentralstelle für Abschiebungen zu errichten. Wann genau wird diese operativ sein und welche Ziele hat die Behörde für die kommenden Monate?
  - a. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass zunehmende Abschiebungen nach humanitären Grundsätzen durchgeführt werden und wer soll davon betroffen sein?
4. Angesichts der Äußerungen über die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt: Plant der Senat kurzfristige Maßnahmen, um zusätzlichen Wohnraum in Bremen zu schaffen, damit nicht weiterhin vermehrt auf kostenintensive Lösungen wie Container oder Zeltunterkünfte im stationären Unterbringungssystem zurückgegriffen werden muss?
  - a. Wie weit sind die Planungen des Senats fortgeschritten, um Übergangswohnheime/Wohnraum in städtischer Hand speziell für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitzustellen, um Kosten zu reduzieren, aber auch um dadurch den Wohnungsmarkt zu entlasten und welche konkreten Maßnahmen sind bereits in Umsetzung oder Vorbereitung?
5. Wie gedenkt der Senat, die aus Sicht von Herrn Mäurer wegen unzureichender Registrierung verschärfte Sicherheitslage in Bremen zu verbessern, und welche Maßnahmen zur lückenlosen Registrierung können in Bremen noch zusätzlich ergriffen werden?

6. Wie plant der Senat die Integration von geflüchteten Menschen im Bildungs- und Arbeitsbereich voranzutreiben, insbesondere vor dem Hintergrund der Überlastung von Kindertagesstätten und Schulen?

7. Der Senat plant die Bezahlkarte einzuführen, allerdings im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in einer abgeschwächten Form mit weiterhin hoher Verfügbarkeit von Bargeld. Warum wird diese Maßnahme nicht konsequenter umgesetzt, um dadurch die Herausforderungen für die Stadt zu verringern?

a. Welche Überlegungen führten zu dieser abgeschwächten Einführung?

8. Angesichts der langjährigen massiven Überforderung mit der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) in Bremen: Sieht der Senat zusätzliche rechtliche Möglichkeiten, wodurch das Jugendhilfesystem, in dem viele junge Geflüchtete auch wegen fehlenden Wohnraums oft bis weit über ihren 18. Geburtstag hinaus verbleiben, kurzfristig entlastet werden könnte?

**Beschlussempfehlung:**

Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU